



12.4.2018

An das Österreichische Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

sowie

An das Bundesministerium für Unterricht und Bildung
Minoritenplatz 5
1014 Wien

**Stellungnahme zur geplanten Änderung des Schulorganisationsgesetz,
Schulunterrichtsgesetz und Schulpflichtgesetz 1985 betreffend
Deutschförderklassen**

Wir begrüßen grundsätzlich die Entscheidung, SchülerInnen mit Sprachdefiziten durch intensive Sprachförderung zu unterstützen. Dass den Kindern von Beginn an die Möglichkeit geboten wird, zumindest einen Teil der Unterrichtszeit in ihren künftigen Regelklassen zu verbringen, eröffnet Chancen.

Wir bedauern aber gleichzeitig die Abkehr von schulautonomen Möglichkeiten bei der Organisation. Dadurch werden Synergie-Effekte verhindert, die allen SchülerInnen zugute kommen könnten.

Das Konzept ist nicht flexibel genug. Die sinnvolle schulinterne Organisation des Sprachunterrichts hängt stark von den betroffenen und handelnden Personen ab. Eine hauptsächlich additive Organisation mag an manchen Standorten notwendig erscheinen, ist aber keinesfalls die Variante, die grundsätzlich vorgeschrieben werden sollte. Bei 15 oder 20 obligatorischen Stunden in den Deutschklassen wird der Kontakt unter den Kindern zu stark eingeschränkt. Durch die weitgehende Segregation im vorliegenden Modell ergeben sich deutliche Nachteile für Spracherwerb und Integration. Eine Entscheidung über die additive oder integrative Organisationsstruktur muss am Schulstandort getroffen werden. So wird auch gewährleistet, dass erfolgreiche Konzepte der Sprachförderung weitergeführt und weiterentwickelt werden.

Der vorliegende Entwurf lässt Fragen offen:

Was ist mit Kindern die Erstsprache Deutsch und Sprachdefizite haben? Auch diese SchülerInnen brauchen im Vorfeld intensive Förderung, damit sie später dann dem Unterricht folgen können. Werden auch sie künftig zuerst als außerordentliche SchülerInnen aufgenommen?

SchülerInnenzuzug hält sich nicht an den Schulbeginn im September. Wir fordern, dass Kinder, die während des Schuljahres aufgenommen werden, sofort Sprachförderung bekommen und die Gesamtzeit der möglichen Förderung um das „angerissene“ Semester verlängert wird.

Die Sprachförderung ist eine begrüßenswerte Erweiterung des Angebots österreichischer Schulen. Damit sie gelingen kann, braucht es Extraressourcen. Wir denken dabei im Speziellen an die Deutschförderkurse die integrativ geführt werden können. Auch diese brauchen, damit ein Mehrwert erzielt wird, zusätzliches Personal.

Was nicht im SchUG zu regeln, aber dennoch wichtig ist:

Sprachförderung fordert von Lehrpersonen mitunter Kenntnisse in der Alphabetisierung, auf jeden Fall aber Kenntnisse, die zum Unterricht von Deutsch als Zweitsprache befähigen. LehrerInnen, die in Sprachförderklassen oder -gruppen unterrichten, müssen über diese Qualifikationen verfügen. Die LehrerInnenausbildung ist dahingehend zu ergänzen, berufsbegleitende Ausbildungsmöglichkeiten sind zu schaffen.

Der geplante Test zur Sprachstandserhebung muss von Wissenschaftlern erstellt und auch wissenschaftlich evaluiert werden.

Wo wird eine zusätzlichen Sprachförderklassen untergebracht, wenn an der Schule kein Klassenraum mehr frei ist?

Die Studie *Migration und Mehrsprachigkeit*¹, hat hilfreiche Erkenntnisse präsentiert, die belegen, dass die angedachten Maßnahmen nicht ausreichen werden. **Die Kompetenzen der SchülerInnen unterscheiden sich sehr viel stärker nach dem Bildungshintergrund ihrer Eltern als nach dem Migrationshintergrund.** So bedeutend das rasche Erlernen der Unterrichtssprache auch ist, es ist nicht die einzige Herausforderung in den österreichischen Schulen. Um auch Kinder aus bildungsfernen Schichten besser qualifizieren zu können, benötigen Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Kindern **ausreichende und zusätzliche Ressourcen auf Basis eines Sozialindex.**

Für das Team der ÖLI-UG:

Barbara Gessmann-Wetzinger und Renate Brunnbauer, APS

Ursula Görtl, AHS

Gary Fuchsbauer BMHS

Kontaktadresse: wetzinger@oeli-ug.at

¹Migration und Mehrsprachigkeit - Studie im Auftrag von Kammer für Arbeiter u. Angestellte für Wien, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer Österreich, Industriellenvereinigung, Österreichisches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs, Caritas Wien, Caritas Österreich: https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/bildung/Migration_und_Mehrsprachigkeit.html